

Fortsetzung von Seite 1

Nationalrat Reimann appelliert an die Fairness und Vernunft der muslimischen Initianten, welche sich für eine Wiler Moschee stark machen. Sie sollen zuerst das Abstimmungsresultat über die Initiative abwarten, bevor weitere Schritte folgen.

Nationalrat dank Minaretten

Im Oktober 2006, erzählte Bekim Alimi, Imam der muslimischen Gebetsstätte von Wil, dass er in Wil von einer grösseren Moschee mit einem Minarett träume. Dieser Traum verbreitete sich damals in Windeseile und sorgte für Unruhe und Aufregung, aber auch dafür, dass der Politstern von Lukas Reimann so richtig zu leuchten begann. Der ehrgeizige SVP-Kantonsrat profilierte sich als vehementer Gegner muslimischer Sakralbauten. Durch seinen engagierten Kampf gegen die Wiler Moschee erlangte er bald schon kantonale und nationale Berühmtheit, was im vergangenen Herbst im triumphalen Einzug in den Nationalrat gipfelte.

Hisham Maizar

Hisham Maizar, Präsident der Föderation islamischer Dachverbände und Mitglied des Rates der Religionen sieht in der Minarettverbotsinitiative einen Akt der das internationale Völkerrecht und das Recht der Schweizer Verfassung verletzt. Dem Initiativkomitee wirft er Populismus und mangelndes Islamwissen vor. In den Herzen und Köpfen der Gläubigen stellten Kirchtürme und Minarette in erster Linie Symbole des Glaubens dar. Mit Machtdemonstration und Herrschaftsanspruch hätten sie nichts zu tun, ausser man verwechsle bewusst die Vergangenheit mit der Gegenwart. «Wer so argumentiert hat aus der Geschichte, die zeigt dass Glaubens- und Religionskriege nur Unheil und Elend bringen, nichts gelernt und keine Konsequenzen daraus gezogen», kritisiert Maizar. Er wünscht sich Vernunft und Verständnis: «Auf gegenseitige Provokation und ge-

sellschaftspolarisierende Aktionen sollten wir bewusst verzichten und stattdessen Konsens und Dialog anstreben und damit unsere menschliche Grösse und politische Reife unter Beweis stellen. Dazu sind wir der Geschichte und der kommenden Generation gegenüber verpflichtet.»

Immer mehr Ausländer

115 000 Unterschriften sind gesammelt worden, bestätigte am vergangenen Sonntag Ulrich Schlüter, Co-Präsident des Initiativkomitees, vor der Presse. Der Wortlaut des Volksbegehrens ist klar und deutlich: «Der Ausländeranteil in der Schweiz steigt ständig an. Immer mehr fremde Kulturen leben in unserem Land. Dies führt zunehmend zu Schwierigkeiten - vor allem mit Angehörigen des Islams. Der Islam macht keine Trennung zwischen Religion und Staat. Die religiösen Richtlinien stehen über den staatlichen Regeln. Damit werden unserer Gesetze zweitrangig. Wir dürfen nicht tolerieren, dass unsere Gesetze unterlaufen werden. Wer hier lebt, muss sich an die geltenden Regeln halten. Es geht nicht an, dass sich einzelne Religionsgemeinschaften Sonderrechte herausnehmen. Wenn wir unsere christlich-abendländische Kultur stärken und den religiösen Frieden sichern wollen, müssen wir die Ausbreitung des Islams bremsen. Ein Verbot von Minaretten ist unumgänglich.»

Tiefe Betroffenheit

Die Muslime in der Schweiz zeigen sich tief betroffen und besorgt. Sie sprechen von Ausgrenzung. Solch Hass schürende Verbote würden die fundamentalen Grundwerte der Religionsfreiheit aushöhlen. Dem internationalen Ansehen unseres Landes werde grosser Schaden zugefügt. Nun liegt der Ball beim Parlament. Es muss entscheiden, ob die Vorlage gültig ist. Namhafte Rechtsexperten halten die Initiative für völkerrechtswidrig, da sie die Rechte der Religionsfreiheit und des Diskriminierungsverbots eindeutig verletze.

Peter Mesmer